

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100



# Die Geschichte des Weltkrieges 1914/19.

(Fortsetzung.)

In der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die seit dem 16. Dezember in Berlin tagte, zeigte sich, daß die gemäßigten Sozialisten über eine starke arbeitsfähige und arbeitswillige Mehrheit verfügten. Von den annähernd 450 versammelten Vertretern waren etwa 20 bürgerliche Demokraten, die mit den Mehrheitssozialisten zusammen arbeiteten, und rund 50 Unabhängige, darunter höchstens 20 Spartakusleute. Die Unabhängigen, wie die Spartakusleute, waren sich klar darüber, daß die Reichskonferenz allen radikalen Forderungen entgegenzutreten würde. Im Bewußtsein ihrer Schwäche griffen sie zu terroristischen Maßnahmen, die darauf abzielten, der Versammlung die Diktatur der Minderheit aufzuzwingen oder sie zu sprengen. Führer der Spartakusvertreter war der ehemalige Reichstagsabgeordnete Ledebour (siehe untenstehendes Bild), der mit seinen Drohungen und Forderungen selbst Liebknecht übertraf. Ihm wurde es auch zugeschrieben, daß während der Verhandlungen plötzlich 30 Soldaten erschienen, von denen jeder eine Stange trug, an der ein Schild mit dem Namen eines der in Berlin liegenden Truppenteile befestigt war. Der Führer der Soldaten betrat ohne weiteres die Rednertribüne und verlas eine Erklärung, aus der hervorging, daß alle auf den Schildern angegebenen Truppenteile die Regierung schützen wollten, wenn sie die Einführung der sozialistischen Republik fortsetzen würde. Die Erklärung wendete sich dann gegen die vielfach gewünschte Auflösung und Heimsendung der sich in Berlin aufhaltenden sogenannten Volksmarine-division, die gerade in der gegenwärtigen Zeit sehr notwendig sei. Schließlich wurden gefordert: Einsetzung eines obersten Soldatenrates, der die Kommandogewalt im Reiche zu übernehmen habe, Verbot sämtlicher Rangabzeichen und Entwaffnung aller Offiziere. Die Soldaten, die ein Maschinengewehr mitgebracht hatten, verlangten die sofortige Annahme ihrer Forderungen durch die Reichskonferenz.

Das Auftreten der Soldaten fand bei den Unabhängigen und bei den Spartakusleuten Zustimmung;

die Mehrheit der Konferenz aber war nicht gewillt, sich in ihrer Arbeit stören zu lassen. Ein Tumult brach los, an dem sich auch die Zuschauer auf den Tribünen beteiligten. Endlich beschloß man, über die Forderungen der Soldaten in der nächsten Sitzung in erster Linie zu verhandeln. Die Soldaten gaben sich damit zufrieden und zogen ab.

Trotz aller Sprengungsversuche führte die Konferenz ihre Arbeiten weiter und faßte unter anderem mit 400 gegen etwa 50 Stimmen den Beschluß, die Wahlen zur Reichsversammlung auf den 19. Januar vorzuverlegen. Sie sprach sich auch gegen alle Absonderungsbestrebungen einzelner Landesteile aus und übertrug die gesetzgebende und vollziehende Gewalt bis zur endgültigen Regelung durch die Reichsversammlung dem Rat der Volksbeauftragten. Zu dessen Überwachung und zur Überwachung der preussischen Regierung bestellte die Konferenz einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, dem zugleich das Recht zur Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und Preußens zustehen sollte. Damit war dem Groß-Berliner Vollzugsrat der Boden für seine Tätigkeit im Sinne der Minderheit entzogen.

Gleich in erster Linie hatten sich der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte und der Rat der Volksbeauftragten mit der Durchführung der von der Reichskonferenz nicht wesentlich geänderten Forderungen der Soldatenabordnung zu befassen. Die Durchführung erwies sich aber als unmöglich, weil nach einer Erklärung der Obersten Heeresleitung sonst die Zurückführung der Truppen in die Heimat und die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen auf das schwerste gefährdet worden wären.

Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte bestand ausschließlich aus Mehrheitssozialisten, weil sich die Unabhängigen nicht an den Wahlen zum Zentralrat beteiligt hatten. Aber die selbstverschuldete Ausschaltung waren die Unabhängigen höchst unzufrieden, was zu recht unerfreulichen Vorkommnissen führte. Schon in der nächsten Sitzung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte nach dem Schluß



Ansprache des Reichstagsabgeordneten Ledebour von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an die Menschenmenge während der Waffenruhe beim Weihnachtsputsch in Berlin am 24. Dezember 1918.